

Wolfgang Wiest, 2. Vors. Aktionsbündnis Salzfrees Märchenland e.V.
Kreuzstr. 7
34369 Hofgeismar
Tel. 05671-920036 oder 01797089392

Pressemitteilung

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Protestaktion gegen die Umweltverschmutzung durch Salzabstoß vor der Hauptversammlung der K+S AG:

Mittwoch, 11.05.2016, 08.30 bis 10:00 Uhr vor der Stadthalle Kassel

Das Aktionsbündnis Salzfrees Märchenland unterstützt die Aktion des BUND anlässlich der Hauptversammlung der Aktionäre der K+S AG und wird auch in der Aktionärsversammlung die Position der Umweltschützer in einem Redebeitrag vertreten.

Mit der Aktion wollen Bürgerinnen und Bürger, die sich um unser Lebensmittel Nr. 1, das Trinkwasser, begründet Sorgen machen, ihren Forderungen an den Konzern K+S, die Genehmigungsbehörden und die Aufsicht führende Regierung erneut Ausdruck verleihen.

Die ungeheuerlichen Vorwürfe unzulässiger Absprachen und wissentlich rechtswidrig erteilter Genehmigungen, die seit den Veröffentlichungen in „Spiegel“ und „Wirtschaftswoche“ im Raum stehen, sowie die Untersuchungen des Verwaltungsgerichts Kassel nach der Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft Meiningen haben bei den Umweltschützern zu großem Vertrauensverlust in die rechtmäßigen Abläufe bei den Genehmigungen geführt. „Die Verwunderung über die fortwährende Genehmigung der Aufhaldung und Verklappung salzhaltiger Industrierückstände in die Natur ist Entsetzen und Empörung gewichen“, so Prof. Wolfgang Wiest vom Aktionsbündnis Salzfrees Märchenland.

Der Geschäftsbericht der K+S AG weist für 2015 ein operatives Ergebnis (EBIT I) von 781,6 Mio. aus. Dagegen bewegen sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung mit nur 14,7 Mio, auf dem Niveau derer für Beratung, Gutachten und Anwaltskosten von 12,7 Mio. Forschung derart marginal zu betreiben und dann im Antrag auf eine Pipeline zur Direktversalzung der Weser zu schreiben (ROV-Antrag, A01 KapA, S.6): *„Das Vorhaben einer Ergänzungsfernleitung inklusive einer Speicherbecken-anlage ... würde einen weiteren Entwicklungsprozess des Standes der Technik darstellen“* ist empörend. Seit 2008 sind abstoßfreie Verfahren zur Aufbereitung des Rohsalzes bekannt, nicht zuletzt das Umweltbundesamt hat die Machbarkeit dieser Verfahren bestätigt und festgestellt, dass es entsprechender politischer Rahmenbedingungen bedarf, um diese Verfahren durchzusetzen. Wenn aber das Verhalten der Genehmigungsbehörde den Niedersächsischen Umweltminister veranlasst, im Nordwestradio am 10.02.2016 zu sagen: *„das ist eine Servilität die ich von öffentlichen Behörden eigentlich nicht gewohnt bin und auch nicht akzeptieren kann...“* dann sollte das im Zusammenhang mit den Kollusionsvorwürfen Handlungsaufforderung genug sein für die Hessische Landesregierung. Doch dort wird die Fachaufsicht durch Berichts-anforderung an das RP und Zuwarten erledigt (33. Sitzung des Umweltausschusses, 17.03.2016).

Für eine nachhaltige, umweltgerechte und langfristig Arbeitsplätze sichernde Kaliproduktion müssen sich der Konzern, die Genehmigungsbehörden und die Politik zu ihrer Verantwortung bekennen und entsprechend ihren Leitlinien (Corporate Social Responsibility) und ihrem Regierungsauftrag im Sinne der Menschen und ihrer Umwelt handeln.

Wir fordern von K+S:

1. Sofortiger Start der Entwicklungsarbeiten zur Umsetzung der bekannten effizienten und abstoßfreien Aufbereitungsverfahren, damit die Umwelt und die Rohstoff-Vorräte geschont werden und die Betriebszeit länger wird
2. Sofortiger Stopp der Versenkung: Im Antrag zur Oberweserpipeline steht (A01 KapA, S. 26): „*Seit 2014 produziert der Standort Unterbreizbach salzabwasserfrei*“ Betriebsstilllegung dort mit reduzierter Versenkerlaubnis zu begründen, ist nicht glaubwürdig, der Markt für niedrigpreisiges Kaliumchlorid ist übersättigt.
3. Schluss damit, Arbeitsplätze gegen Gewässerschutz auszuspielen, die Menschen wissen längst, dass nur nachhaltige Produktion auch langfristig Arbeit gibt!
4. Stopp jedweder Pipelineplanungen
5. Stopp der Haldenerweiterung, stattdessen Weiterentwicklung und Anwendung des Versatzbergbaus
6. Entwicklung von Konzepten für einen Haldenrückbau

Wir fordern von den Behörden:

1. Abbruch des Raumordnungsverfahrens für Oberweserpipeline und Stapelbecken wegen der Widersprüche zum Bewirtschaftungsplan, der den Rechtsrahmen darstellt
2. Abzug aller Mitarbeiter aus dem Verfahren, die mit den Kollusionsvorwürfen in Verbindung gebracht werden können
3. Höchste Gewichtung der Stellungnahmen der Fachbehörden HLUG und TLUG, keine Kompromisse beim Trinkwasserschutz!

Wir fordern von Regierung, Politik und Justiz:

1. Schnellere Bearbeitung von Klagen und Anzeigen: 8 Jahre zwischen Anzeige und Anklage sind zu viel! Klagen gegen Genehmigungen müssen schnell bearbeitet werden und zur inhaltlichen Rechtsprechung kommen.
2. Die Kollusionsvorwürfe sind so schwerwiegend, dass zur Erhaltung der Glaubwürdigkeit sofort eine Überprüfung der bestehenden Genehmigungen durch eine neutrale Behörde erfolgen muss. Außerdem müssen die laufenden Verfahren einer neutralen Behörde übertragen werden.
3. Die Fachaufsicht muss aktiv und transparent ausgeübt werden. Wir fordern eine umgehende, ausführliche und öffentliche Berichterstattung zu den Vorwürfen der Einflussnahme durch K+S und den Aktenmanipulationen.
4. Die Widersprüche zwischen der Wasserrahmenrichtlinie und dem Bewirtschaftungsplan Salz sind nach wie vor nicht ausgeräumt. Zur Abwendung des EU-Vertragsverletzungsverfahrens müssen die politischen Rahmenbedingungen rechtskonform gesetzt werden, also ist die Versenkerlaubnis sofort zu widerrufen und die Grenzwerte in den Flüssen sind so festzulegen, dass abstoßfreie Verfahren zwingend werden.